

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Jury, sehr geehrte Gäste, liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben eine besondere Freude empfunden, für den Sächsischen Integrationspreis ausgewählt worden zu sein und damit eine hohe Anerkennung für unsere jahrelange ehrenamtliche Arbeit zu bekommen. Für das Vertrauen und für die Wertschätzung unseres Projektes möchten wir uns insbesondere bei der Jury herzlich bedanken.

Die Internationalen Gärten Dresden werden heute jedoch keinen Preis annehmen, und wir möchten Ihnen die Entscheidung begründen.

Unser Verein setzt sich für die Begegnung und den Austausch von Deutschen und MigrantInnen in unserem Gemeinschaftsgarten ein. Einige unserer Mitglieder sind AsylbewerberInnen bzw. geduldete Flüchtlinge. Durch den sehr persönlichen Kontakt im Garten wissen wir, unter welchen skandalösen, inhumanen, krank machenden Bedingungen diese Menschen in Heimen leben müssen und wie sehr sie darunter leiden. Die Stadtverwaltung Dresdens verwehrt ihnen, sich um eine eigene Wohnung zu kümmern. 6 m<sup>2</sup> stehen jedem Asylbewerber so gemäß Verwaltungsvorschrift an Wohnraum zur Verfügung. Als Begründung für diese Praxis in Sachsen wird in einem Papier des damaligen Dresdner Regierungspräsidiums die „Vermeidung unerwünschter Integrationseffekte“ genannt.

Die überraschenden Worte des neuen sächsischen Ausländerbeauftragten Mitte dieses Jahres ließen bei vielen Initiativen Hoffnung aufkommen, dass es sowohl in der Stadt Dresden als auch im gesamten Freistaat Sachsen zur Abschaffung dieser entwürdigenden Zwangsunterbringung kommen würde.

Am 30. September hat sich der Dresdner Stadtrat jedoch bedauerlicherweise gegen die dezentrale Unterbringung entschieden. Dabei konnten sich CDU und FDP erleichtert auf Stellungnahmen der Landesdirektion Dresden und des Innenministeriums zurückziehen, die eine Unterbringung in Wohnungen für alle die dies wollen, ablehnen.

Bemühungen des Sächsischen Ausländerbeauftragten, in dieser Frage in seiner Partei ein Umdenken herbeizuführen, auf einzelne Stadträte zuzugehen, seine Position offensiver zu nutzen, wurden vermisst. Auch die aktuelle Initiative im Landtag, die Residenzpflicht für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge abzuschaffen, wird an der sächsischen Regierungsmehrheit scheitern. Gesellschaftliche Teilhabe für MigrantInnen in Sachsen gehört leider weder auf die Agenda der derzeitigen Regierung noch ihres Ausländerbeauftragten.

Unter diesen Umständen lehnen wir es ab, vom Büro des Sächsischen Ausländerbeauftragten als ein Beispiel für gelungene Integration und für das viel beschworene weltoffene Sachsen instrumentalisiert zu werden.

Wir bitten um Verständnis.